

Bildung

Gegenwart und Zukunft gestalten lernen

Bildung ist ein wesentlicher Schlüssel zu einer friedlichen, sozial gerechten und ökologisch sowie ökonomisch nachhaltigen Welt für alle Menschen. Bildung ermöglicht Menschen ein freies, erfolgreiches, sicheres und selbstbestimmtes Leben.

Bildungsgerechtigkeit ist die Herausforderung für unser heutiges Bildungssystem. Wir verlangen mehr Durchlässigkeit und größere Chancen für alle.

Ein Schulabschluss ist die beste Versicherung gegen spätere Risiken wie Arbeitslosigkeit, daher wollen wir Bildungsabbrüche vermeiden und breite Wege zu Abschlüssen offenhalten.

Die Rahmenbedingungen, unter denen all dies gelingen soll, haben sich erheblich verändert. Darauf muss eine moderne Bildungspolitik im Sinne der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft reagieren. Bildungsprozesse werden von vielen Faktoren geformt, dazu gehören:

- zunehmende soziale Spaltung
- Klimakrise
- fortschreitender Artenschwund,
- vermeintlich endlos mögliches ökonomisches Wachstum
- digitale Transformation
- zunehmende Differenzierung und Individualisierung der Gesellschaft
- Folgen der Globalisierung

Das Bildungswesen und wir als grüne Akteure sind gefragt. Wir wollen auf diese Einflüsse reagieren, sie einbeziehen und flexibel die Bildung neu denken.

Die Digitalisierung verändert bereits heute intensiv die Art und Weise, wie wir leben und arbeiten. Sie fordert erweitertes Wissen, vor allem aber auch andere Kompetenzen, damit jede*r Einzelne damit umgehen kann und wir als Gesellschaft weiter erfolgreich handeln und gut miteinander leben können.

Wir streben im Sinne nachhaltiger Entwicklung eine inklusive, gerechte und hochwertige Bildung für alle an. Bildung befähigt die Erhaltung von Kultur und Naturerbe. Sie fördert Vielfalt und Nachhaltigkeit in einer demokratischen Gesellschaft. Wissen wird geschaffen,

verbreitet und geteilt. Zukünftigen Generationen wird ein Leben in Frieden und Freiheit ermöglicht - in einer lebenswerten Umwelt. Bildung bietet eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung und umfängliche Teilhabe. Sie geht über eine reine Vorbereitung auf das Berufsleben hinaus.

„Frühe Hilfen“ für Eltern im Kreisgebiet sichern und weiterentwickeln.

Die erste und entscheidende Bildungswelt ist die Familie. Sie muss in ihren Leistungen für Bildung, Betreuung und Erziehung unterstützt werden. Gerade Eltern, die den Alltag in Schwangerschaft und den ersten Lebensjahren der Kinder nur schwer bewältigen können, brauchen die „Frühen Hilfen“ als Familienbegleitung.

Kindertagesstätten ausbauen und Qualitätssicherung gewährleisten. U3 Kinder besonders beachten und betreuen.

Noch immer entscheidet der familiäre Hintergrund stärker über den Bildungserfolg als Kitas oder schulische Institutionen. Familien müssen deshalb im Rahmen einer Erziehungs- und Bildungspartnerschaft in Kita und Schule enger begleitet und unterstützt werden. Dafür wollen wir die Voraussetzungen verbessern.

Als erster Ort der institutionalisierten Bildung sind die Kitas bei der Umsetzung der Bildungsprozesse von großer Bedeutung. Wir wollen eine kinderzentrierte Pädagogik, die die Unterschiedlichkeit einer Gruppe voraussetzt und alle Kinder in ihren unterschiedlichen Potentialen wahrnimmt. Je früher ein Kind Zugang zu Bildung erhält, desto größer der spätere Bildungserfolg. Alle Kinder sollen sich wahrgenommen, dazugehörig, gefordert und unterstützt fühlen. Dafür brauchen wir Bedingungen in Kitas, damit jedes Kind Zugang zu Bildung hat.

Das pädagogische Fachpersonal braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Familienzentren sollen mit verbesserten Personalschlüsseln und Finanzen ausgestattet werden.

Offenen Ganztag personell, räumlich und sachlich gut ausstatten

Die Grundschulen verdienen höchste Wertschätzung für ihre Arbeit. Grundschulen sind seit Generationen Vorbild im gemeinsamen Lernen: unabhängig von Geschlecht, Ethnie, sozialer Herkunft oder Behinderung.

Die Qualität und Ausgestaltung der Ganztagsschulen ist derzeit abhängig von der Finanzkraft der Kommunen und ihrer Möglichkeit, freiwillige Beiträge zur Ausgestaltung des Ganztages zur Verfügung zu stellen. Wir wollen, dass die Qualität des Ganztages auf landesweit gültigen Standards basiert. Es soll landesweit einheitliche Richtlinien für die personelle und räumliche Ausstattung des Ganztages geben, die in Abstimmung mit den Schulträgern entstehen. Dies muss für die personelle Ausstattung des Ganztags mit multiprofessionellem Personal sowie für Fortbildung und Qualifizierung gelten. Auch der Raumbedarf, die Frühstücks-, Pausen- und Mittagsverpflegung sowie multifunktionelle Räume zur inneren Ausgestaltung des Ganztages müssen berücksichtigt werden. Wir wollen die Qualität der OGS sichern und orientieren uns bei der Finanzierung an den Berechnungen der Wohlfahrtsverbände und der Bildungsgewerkschaft GEW.

Kinder- und Jugendarbeit der Kommunen und freien Träger finanziell und ideell unterstützen. Kulturarbeit mit und von Kindern und Jugendlichen fördern.

Eine demokratische Gesellschaft wächst und gedeiht mit der freien Entfaltung der offenen Kinder- und Jugendarbeit der Kommunen und freien Träger. Auch die Kinder- und Jugendkulturarbeit muss gefördert werden.

Kunst und Kultur leben von Freiräumen, damit sie auf ungewöhnlichen Wegen Neues denkt, Experimente wagt und die gesellschaftliche Wirklichkeit kritisieren kann. Sie dürfen weder politisch instrumentalisiert noch ökonomisch vereinnahmt werden. Die Förderung von Kunst und Kultur ist eine öffentliche Aufgabe. Wir Grüne unterstützen eine selbstbestimmte und unabhängige Kulturszene, besonders für Kinder und Jugendliche.

Grüne Kulturpolitik beruht auf dem Grundverständnis, dass Kultur elementarer Bestandteil menschlichen Zusammenlebens ist. Dabei sind HipHop und Ballett, Spoken Word und Oper, Bildende Kunst und Folklore gleichberechtigte Formen des kulturellen Ausdrucks. Sie alle brauchen angemessene Rahmenbedingungen, in denen sie sich entfalten können.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kunst und Kultur für alle zugänglich sind. Deshalb wollen wir die kulturelle Infrastruktur bewahren, sie ausbauen und öffnen. Weder Wohnort noch Geldbeutel, Herkunft oder Handicap dürfen Menschen von Kultur ausschließen. Eine ausreichende Förderung von örtlichen Jugendzentren, lokalen Initiativen, freien Theatergruppen, interkulturellen Projekten oder Jugendorchester wollen wir sicherstellen.

Schulprojekte zur nachhaltigen und demokratischen Entwicklung fördern

Viele Schulen haben schon Programme und Projekte zur Stärkung der Nachhaltigkeit und Demokratie auf den Weg gebracht. Denn eine gerechte und offene Gesellschaft braucht neben der schulischen Bildung auch die Umsetzung von schulischen Projekten zu Themen wie **Nachhaltigkeit** (BNE), **Gesunde Schule**, **Menschenrechte**, **Kinderrechte**, **Demokratische Schulkultur**, **Gewaltprävention**, **Schule ohne Rassismus** und **Schule der Vielfalt**. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Projekte, die von Schülerinnen und Schülern selbst gestaltet werden. Bund, Länder und Kommunen sollen zusammenarbeiten.

Zukunftsfähige Berufskollegs

Das Berufskolleg ist mit einem Anteil von zwei Dritteln aller Schüler*innen die stärkste Institution der Sekundarstufe II. Das Berufskolleg vermittelt umfassende fachliche, berufliche, soziale und persönliche Handlungskompetenz und bereitet außerdem auf ein lebensbegleitendes Lernen vor. Aufgrund seiner komplexen Struktur und der Anforderungen an die Kooperation mit den Partnern in der dualen Ausbildung stellt das Berufskolleg ein ganz eigenes System dar und steht vor besonderen Herausforderungen und Chancen.

Wir wollen die Kompetenzen der Berufskollegs stärken und sie zu Orten innerhalb einer neuen beruflichen Weiterbildungsstruktur machen. Ein Ansatz sind die Lernwerkstätten 4.0. Sie entstehen in Zusammenarbeit mit den Akteur*innen im regionalen Wirtschaftsraum, mit Handwerk, Unternehmen, Gewerkschaften, Kommunen und Wirtschaftsförderung.

Die Flexibilisierung, Selbstbestimmung und Verantwortung der Schulen in der Personalgewinnung und -steuerung kann dem Lehrkraftmangel entgegenwirken.

In einem Flächenland wie NRW steht die berufliche Bildung gerade in den ländlich strukturierten Räumen vor erheblichen Transformationsprozessen. Wir wollen die berufliche Grundbildung in der Fläche stärken und eine Flexibilisierung und Ressourcenunterstützung bei der Bildung von Fachklassen in der Koordination und Abstimmung der Ausbildungschancen im regionalen Wirtschaftsraum auf den Weg bringen.

Auch die Digitalisierung bietet Möglichkeiten für neue Lösungen. Blended Learning (computergestütztes Lernen) und weitere innovative Formate des Lernens mit Unterstützung digitaler Medien wollen wir in einen Entwicklungsprozess einbinden, von dem das berufliche Bildungsangebot insgesamt profitieren kann.

Außerdem wollen wir die Entwicklung einer kommunalen bzw. regionalen Entwicklungsplanung der Berufskollegs und Kooperation vorantreiben, damit in Verbindung mit einer qualitativ hochwertigen beruflichen Grundbildung im Ausbildungsverlauf die notwendige fachliche Vertiefung auf regionaler Ebene gewährleistet ist.

Durch Kooperation können im Berufskolleg-Verbund an den jeweiligen Standorten in den fachlichen Schwerpunkten dem technologischen Fortschritt entsprechende Ausstattungen vorgehalten werden. Die schulische und duale Berufsausbildung sind wichtige Pfeiler des Bildungssystems. Ihr großes Plus ist ihre Mischung aus Praxis und Theorie.

Inklusion in Schulen mit Augenmaß weiterentwickeln. Hohe Qualität der sonderpädagogischen Förderung beim gemeinsamen Lernen sichern. Förderschulen erhalten

Wir stehen für eine funktionierende Inklusion. Die Zielsetzung der Inklusion beinhaltet die Teilhabe aller Kinder an gelingenden Bildungsprozessen. Dafür braucht es ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen. Neben pädagogischen Fachkräften und Konzepten wollen wir auch therapeutische Ansätze und Personal in den Einrichtungen verankern und bei der Finanzierung berücksichtigen. Das Programm **Gute Schule** soll auch über 2020 hinaus mit den Inklusionsbedarfen weitergeführt werden. Die Schulen brauchen verbindliche bauliche Standards, die sicherstellen, dass sowohl pädagogische Bedarfe als auch die Bedürfnisse der in den Schulen Beschäftigten passgenau abgebildet werden.

Hochschulstandorte im Kreis Minden-Lübbecke ausbauen und sichern

Studierende brauchen gute Studienbedingungen. Die Lust aufs Lernen soll das Studieren ermöglichen. Der finanzielle Status der Studierenden soll dabei unerheblich sein. Dafür steht die grüne Bildungspolitik.

Digitalisierung in den Schulen gestalten und Digitalpakt nutzen.

Wir wollen eine Bildung, die Menschen im digitalen Wandel zu einer aktiven, selbstbestimmten Lebensgestaltung und gesellschaftlicher Teilhabe befähigt und dies über die Förderung berufsrelevanter Kompetenzen hinaus.

Digitalisierung ist für Bildung ein bedeutsamer Faktor. In der Schule ist zu thematisieren, wie das „Digitale“ funktioniert und gestaltet werden kann, welche Chancen es mit sich bringt und welche Risiken damit für die Einzelnen und auch für die Gesellschaft verbunden sind. Kinder und Jugendliche sollen in der Schule ein Grundwissen erwerben, wie digitale Technik funktioniert, wie sie gestaltet werden kann und wie sie sich in Zukunft entwickeln könnte. Sie erhalten Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien und setzen sich kritisch-reflektiert mit Auswirkungen der Digitalisierung und Risiken für gesellschaftliche und persönliche Entwicklungen auseinander.

Digitale Technik ermöglicht Lernenden eine selbständige Organisation und Dokumentation der Lernprozesse. Im Dialog mit Schulen, Kommunen und Eltern müssen Kreis und Kommunen dafür sorgen, dass jedes Kind jederzeit die Lernmöglichkeiten hat, die es braucht. Bei den mobilen Endgeräten ist dafür zu sorgen, dass kein Kind ausgegrenzt wird.

Das bedeutet für uns: Jede Schule muss eine gute Ausstattung mit mobilen Geräten realisieren können – unabhängig von der Finanzkraft der Eltern. Ebenso wichtig ist die Gestaltung und Entwicklung von pädagogischen Konzepten bei der Integration digitaler Medien in den Unterricht.

Die technischen Entwicklungen sind rasant und die Entwicklungszyklen werden immer kürzer. Medienkonzepte der Schulen sind oft bereits veraltet, wenn die dazugehörige Technik in der Schule eintrifft. Es müssen neue Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Schulen die Digitalisierung in ihre Arbeit einbinden können. Dazu gehört eine kontinuierlich modernisierte Grundausstattung, die jeder Schule zur Verfügung steht. Die Antragsverfahren für Neuausstattungen wollen wir vereinfachen. Zur Grundausstattung gehört ein schneller Internetzugang, WLAN im gesamten Gebäude und zeitgemäße Präsentationstechnik in allen Räumen.

Unverzichtbar sind zudem IT- Administrator*innen, die die digitale Technik in Abstimmung mit Schulleitung und Kollegium betreuen.

Integration

Gutes und friedliches Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft unterstützen. Den Anforderungen der Integration begegnen.

Integration beginnt am Tag des Ankommens. Wer Teil dieser Gesellschaft werden soll, braucht Teilhabechancen, Sprache und Motivation. Grüne Politik fördert die Teilhabe von Migranten, der neu Ankommenden und der hier Lebenden. Wir Grünen sind die Integrationspartei. Wir wollen ein gutes und friedliches Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft. Integration stellt Anforderungen an die Menschen, die zu uns kommen und auch an die, die schon länger hier leben. Auch unsere Gesellschaft ist gefordert. Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der von allen Beteiligten die Bereitschaft verlangt, in unserer Gesellschaft zusammenzuleben. Dabei sind die Werte des Grundgesetzes Grundlage für das Zusammenleben in unserem Land.

Wir unterstützen das kommunale Integrationszentrum des Kreises, das diese Ziele mit den unterschiedlichen Projekten verwirklicht. Zu den Arbeitsschwerpunkten des Kommunalen Integrationszentrums gehören ***Griffbereit für unter 3-jährige und ihre Mütter, Rucksack Kita*** und ***Rucksack Schule, Wohnungsführerschein für Migranten, NRW Weltoffen, Schule ohne Rassismus, Sportvereine gegen Rechts*** und die ***Unterstützung zur Integration in den Arbeitsmarkt***.

Ehrenamtlich Tätige, die mit viel Engagement unschätzbar wertvoll für die Integration vor Ort sind, müssen Anerkennung erfahren und von den kommunalen Integrationsbeauftragten politisch unterstützt werden.